

## Staatspolitische Kommission des Nationalrats

### Einreichung einer Kommissionsmotion

(Antrag Rutz vom 17. Februar 2023)

#### Titel

Paradigmenwechsel in der Asylpolitik: Unterbinden von Migrationsrouten – Bekämpfung von Schlepperwesen und Kriminalität

#### Text

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament ein Konzept vorzulegen, wie Asylverfahren künftig im Ausland durchgeführt sowie – allenfalls auch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten – Hilfs- und Schutzzentren im Ausland errichtet werden können. So sollen Menschenhandel und Schlepperwesen bekämpft und bessere Hilfe vor Ort angeboten werden.

#### Begründung

Die weltweiten Wanderbewegungen haben massiv zugenommen: Gemäss UNHCR zählen wir heute über 100 Mio. Menschen, die migrieren. Diese Zahl hat sich seit 2012 mehr als verdoppelt. Nach 24'511 Asylgesuchen im Jahr 2022 – eine Zunahme von über 60% gegenüber dem Vorjahr – rechnet man für 2023 mit bis zu 40'000 neuen Gesuchen. Hinzu kommen immer mehr Personen, die illegal in die Schweiz einreisen: Die Grenzwächter haben in den vergangenen 12 Monaten über 52'000 Personen aufgegriffen, welche sich illegal in der Schweiz befanden.

Die Situation verschlimmert sich von Jahr zu Jahr. Gleichzeitig reift die Erkenntnis, dass die bisherigen Massnahmen kaum etwas gebracht haben: Verfahrensrechtliche Korrekturen oder die Änderung einzelner Gesetzesartikel bringen nichts. Unsere Asylgesetzgebung ist veraltet und nicht darauf ausgerichtet, den Herausforderungen einer globalisierten Welt begegnen zu können. Es muss ein Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik stattfinden.

Dass ein Paradigmenwechsel in der Asylpolitik erfolgen muss, sehen auch diverse europäische Länder. Nachdem sich u.a. Grossbritannien, Dänemark und Schweden um eine entsprechende Kursänderung bemühen, haben sich zu Neujahr auch die österreichischen Sozialdemokraten geäussert. In ihrem Aktionsprogramm 2023 fordern sie «UNHCR-konforme Verfahrenszentren außerhalb der Europäischen Union». Dies sei «die einzige vernünftige Lösung, um Leid zu verhindern, kriminellen Schleppern das Handwerk zu legen und die Kontrolle darüber zu erlangen, wer europäischen Boden betritt und wer nicht».

Die Idee der Vorsitzenden der SPÖ, eine Bodensee-Konferenz einzuberufen, muss von der Schweiz aufgenommen werden: Konkrete Gespräche zwischen Österreich, Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein, aber auch mit anderen europäischen Staaten für eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik sind ein wichtiger Schritt, um die Abläufe zukunftstauglich zu gestalten und den betroffenen Menschen besser helfen zu können.